



Sprechzettel

Jochen Homann

Präsident der Bundesnetzagentur

Es gilt das gesprochene Wort.

Sperrfrist: Redebeginn, 4. Mai 2012, 10:00 Uhr

Vorstellung Jahresbericht 2011

Pressekonferenz 4. Mai 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Ihnen als neuer Präsident der Bundesnetzagentur heute zusammen mit der langjährigen Vizepräsidentin Dr. Iris Henseler-Unger und dem neuen Vizepräsidenten Peter Franke den Jahresbericht 2011 vorstellen zu können. Er spiegelt die erfolgreiche Arbeit meines Vorgängers Matthias Kurth, seiner Vizepräsidenten und aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesnetzagentur im abgelaufenen Jahr wider.

Seit wenigen Wochen ist nun das neue Präsidium im Amt. Das bewährte Zieldreieck in der Arbeit der Bundesnetzagentur hingegen bleibt unverändert: Wettbewerb fördern, Verbraucherschutz gewährleisten und Infrastrukturinvestitionen attraktiv machen.

Um diese Ziele zu erreichen, verfügt die Bundesnetzagentur im Kern über zwei Arten von Instrumenten: das „Zuckerbrot“ der Investitionsanreize und die „Peitsche“ der Kosteneffizienz und Aufsichtsmaßnahmen. Wobei die beiden Instrumente sich idealerweise gegenseitig verstärken.

Insbesondere der von der Politik geforderte beschleunigte Ausbau von Infrastrukturen – z. B. Strom- und Gasnetze sowie die Breitbandversorgung – verlangt attraktive Investitionsbedingungen. Und Tempo hat seinen Preis! Ein beschleunigter Ausbau von Infrastrukturen ist nicht kostenlos zu haben. Dies muss ehrlich ausgesprochen werden.

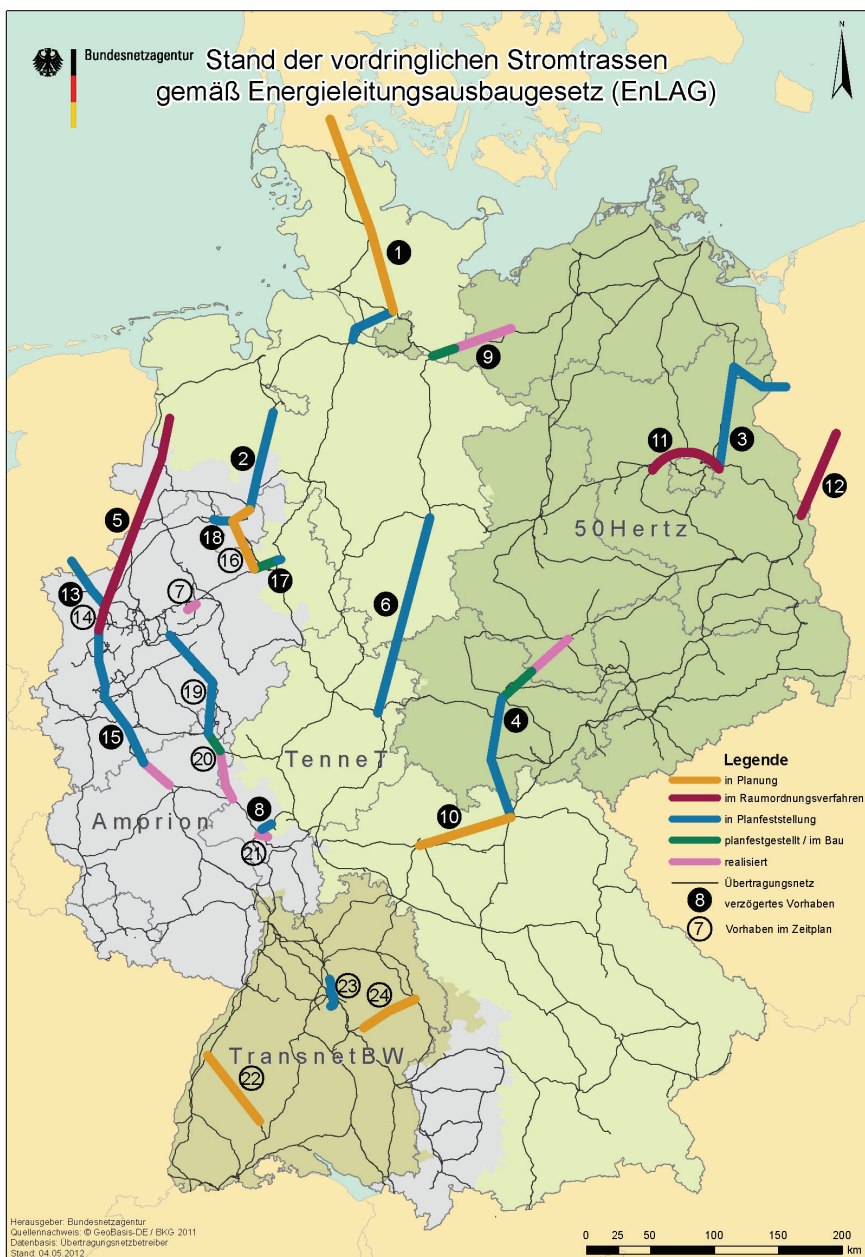
Das ist auch der Grund dafür, dass die Bundesnetzagentur zu Jahresbeginn darauf hingewiesen hat, dass steigende Netzkosten angesichts des Investitionsbedarfs unvermeidlich sind. Die Bundesnetzagentur wird gleichwohl weiterhin alles daran setzen, dass die Kosteneffizienz gewahrt bleibt.

Damit sind wir bereits mitten bei einem zentralen Thema: die Energiewende und die Rolle der Bundesnetzagentur. Natürlich wird die Bundesnetzagentur ihren Beitrag für das Gelingen der Energiewende leisten und das Präsidium wird die Arbeit der Bundesnetzagentur klar an diesem Ziel ausrichten.

Daher möchte ich zunächst ein Versprechen einlösen, das ich bei meiner Amtseinführung gegeben habe: Ab heute ist auf der Internetseite der

Bundesnetzagentur für jedermann aktuell nachzulesen, wie der Stand bei den Stromleitungen ist, die der Gesetzgeber im Energieleitungsausbaugesetz 2009 für vordringlich erklärt hat. Bei diesen Projekten handelt es sich – das ist wichtig, weil die Diskussion hier mitunter ungenau geführt wird – um die 24 vordringlichen Projekte, die wie bisher in der Zuständigkeit der Länder geplant werden.

Der Stand der einzelnen Projekte und ihr ungefährer Verlauf lassen sich in der Abbildung erkennen. Die regelmäßige Aktualisierung dieser Informationen wird es Interessierten ermöglichen, Fortschritte und Rückschläge zu verfolgen.



Der Genehmigungs- und Realisierungsstand der Projekte des EnLAG sieht aktuell wie folgt aus: 214 km der 1.834 km EnLAG-Leitungen sind realisiert. Von diesen 214 km wurden allerdings bisher weniger als 100 km auch tatsächlich in Betrieb genommen. Die Leitungen sind vielfach Teil von längeren Vorhaben, die über Grenzen zwischen Bundesländern hinweg gehen und erst dann Strom transportieren können, wenn auch die davor oder dahinter liegenden Abschnitte errichtet sind. Zu den restlichen Vorhaben ist festzuhalten, dass die Fahrpläne teilweise erneut um ein oder gar zwei Jahre nach hinten korrigiert werden mussten.

Für die Energiewende ist dies eine Besorgnis erregende Nachricht. Deswegen appelliere ich an alle Beteiligten – Netzbetreiber und Planungsbehörden der Länder – die Anstrengungen zu erhöhen und weitere Verzögerungen zu vermeiden.

Der Stand der EnLAG-Projekte zeigt auch, dass der Gesetzgeber für künftige Projekte mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz die richtige Entscheidung getroffen hat. Für diese Projekte erarbeiten die Netzbetreiber im Moment den Entwurf eines Netzentwicklungsplans. Dieser wird uns Klarheit verschaffen, wie viele Leitungen wir in den kommenden Jahren über die 1.800 km nach EnLAG hinaus brauchen werden.

Der Netzentwicklungsplan soll spätestens am 3. Juni 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt und dann mit ihr diskutiert werden. Die Bundesnetzagentur wird den Plan anschließend nach dem energiewirtschaftlichen Bedarf und den netztechnischen Kriterien prüfen und ggf. Änderungen verlangen. Parallel zur netztechnischen Prüfung wird sie auch die Umweltauswirkungen analysieren, die mit dem Ausbau des Übertragungsnetzes verbunden sein werden.

Die Bundesregierung kann auf dieser Grundlage – wie von der Bundeskanzlerin angekündigt – einen Gesetzentwurf erarbeiten, der die erforderlichen Ausbauprojekte umfasst. Damit die Genehmigung dieser Projekte bis hinunter zur Ebene der Planfeststellung von der Bundesnetzagentur vorangetrieben werden kann, bedarf es schließlich noch der Zustimmung der Länder. Ländergrenzen werden dann kein Hemmschuh mehr sein für Leitungsprojekte.

Meine Damen und Herren, über die mittelfristige Entwicklung des Stromnetzes hinaus interessiert uns natürlich auch die aktuelle Lage im Stromnetz. Daher wird die

Bundesnetzagentur in der nächsten Woche einen Bericht zur Netzsituation und zur Lage auf den Strom- und Gasmärkten im vergangenen Winter vorlegen.

Die zentrale Botschaft wird lauten: Es gibt keinen Anlass zur Entwarnung. Allein drei Mal musste zwischen Dezember 2011 und März 2012 auf die „Kaltreserve“ – manche würden sagen: Notreserve – zurückgegriffen werden, um das Stromnetz stabil zu halten. Auch die Zahl der Eingriffe der Netzbetreiber in Netze und Erzeugung hat deutlich zugenommen.

Zudem haben ungewöhnlich hohe Prognoseabweichungen der sogenannten Bilanzkreisverantwortlichen bei der Einschätzung von Stromnachfrage und Stromangebot dazu geführt, dass die Netzbetreiber zusätzliche Maßnahmen ergreifen mussten. Zur Verbesserung der Prognosen wird die Bundesnetzagentur entsprechende Anreize schaffen.

Die Bundesnetzagentur wird darüber hinaus eine Reihe von Vorschlägen machen, die darauf zielen, dass die Situation beherrschbar bleibt. Zunächst werden wir empfehlen, dass keine ungeplanten Kraftwerksstilllegungen stattfinden. Stillzulegende Kraftwerke müssen ggf. als „Kaltreserve“ verfügbar bleiben. Außerdem muss die Gasversorgung systemrelevanter Gaskraftwerke gesichert und die Zusammenarbeit zwischen Netzbetreibern im Strom- und im Gasbereich verbessert werden, um der gewachsenen Bedeutung der Gaskraftwerke Rechnung zu tragen.

Bei dem Energiegespräch bei der Bundeskanzlerin vor zwei Tagen waren alle Beteiligten der Auffassung, dass es Sinn macht, die vor uns liegenden Jahre in unterschiedliche Phasen aufzuteilen: Kurzfristig brauchen wir – wie ich gerade erläutert habe – Reservekapazitäten wie die „Kaltreserve“ und die Vermeidung von ungeplanten Stilllegungen. Mittelfristig müssen wir den Ausbau ausreichender konventioneller Erzeugungskapazität aufs Gleis setzen, damit diese mindestens so lange als Sicherheitsreserve zur Verfügung steht, bis es ausreichend Speichermöglichkeiten für den Strom aus erneuerbaren Energien gibt.

Bedingt durch die vorrangige Einspeisung von erneuerbaren Energien wird die Auslastung konventioneller Kraftwerke deutlich absinken und die Attraktivität von Kraftwerksinvestitionen in Deutschland wird tendenziell abnehmen. Gleichzeitig benötigen wir jedoch konventionelle Erzeugung dringend als Back-up für die sonnen-

und windarme Zeit. Deshalb hält die Bundesnetzagentur die derzeitige Diskussion über Kapazitätsmechanismen für notwendig und richtig, auch wenn für eine Entscheidung noch etwas Zeit ist.

Telekommunikation

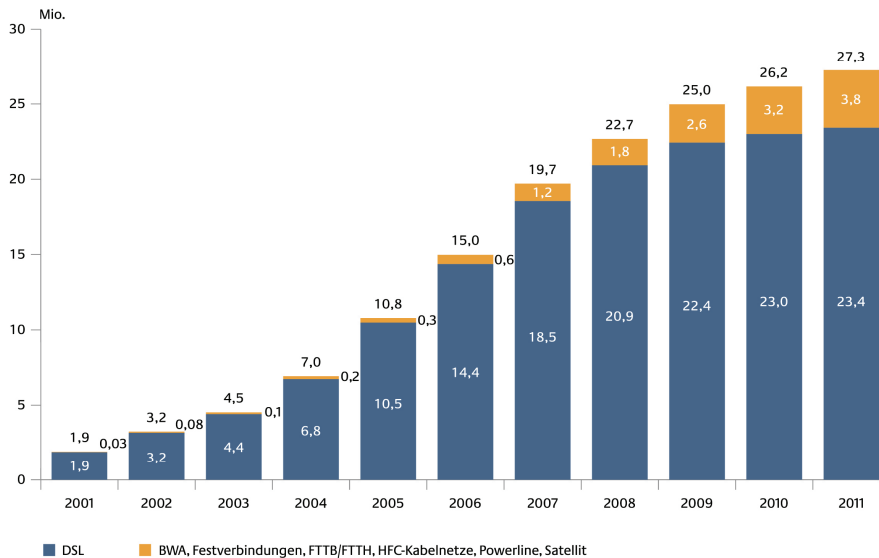
Im Jahresbericht informieren wir wie üblich detailliert zu den Entwicklungen in allen von der Bundesnetzagentur regulierten Sektoren. An dieser Stelle möchte ich mich allerdings auf einige Anmerkungen zum Telekommunikationsbereich beschränken. Der vollständige Bericht liegt aus.

Die Telekommunikationsmärkte sind stark von technologischer Dynamik und Vielfalt geprägt. Dabei steht das Thema Breitband im Vordergrund der politischen Aufmerksamkeit. Die Politik hat mit der Breitbandstrategie ehrgeizige Ziele für den Breitbandausbau gesetzt. Bis 2018 soll eine flächendeckende Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen mit einer Bandbreite von 50 Mbit/s erreicht werden. Bis Ende 2011 hatten wir knapp 50 Prozent erreicht. Das zeigt, dass noch große Anstrengungen vor uns liegen, um das nationale Ziel zu erreichen.

Hinzu kommt, dass wir uns auch vorgenommen haben, kein Stadt-Land-Gefälle bei der Versorgung mit Breitbandanschlüssen zuzulassen. Die „weißen Flecken“ im ländlichen Raum erhalten deshalb Vorrang beim Ausbau von Breitband. Ich rechne damit, dass in Kürze in Sachsen als erstem ostdeutschen Bundesland die Versorgungsaufgabe im 800-MHz-Bereich erfüllt sein wird.

Wie Sie anhand der folgenden **Grafik** erkennen können, gab es Ende 2011 in Deutschland rund 27,3 Mio. Breitbandanschlüsse. Dabei ist DSL mit insgesamt 23,4 Mio. Anschlüssen und einem Anteil von 86 Prozent weiterhin die dominierende Anslusstechologie.

Breitbandanschlüsse in Festnetzen 2001–2011



(Seite 74 im Jahresbericht)

Die Masse der Anschlüsse mit alternativen Technologien wurde von Kabelnetzbetreibern realisiert. Reine Glasfaseranschlüsse haben bisher in Deutschland noch immer kaum Verbreitung gefunden.

Bezogen auf den Kundenzuwachs lag der Anteil der Kabelnetzbetreiber zuletzt bei ca. 50 Prozent. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass der Kundenzuwachs in den letzten Jahren stark rückläufig ist.

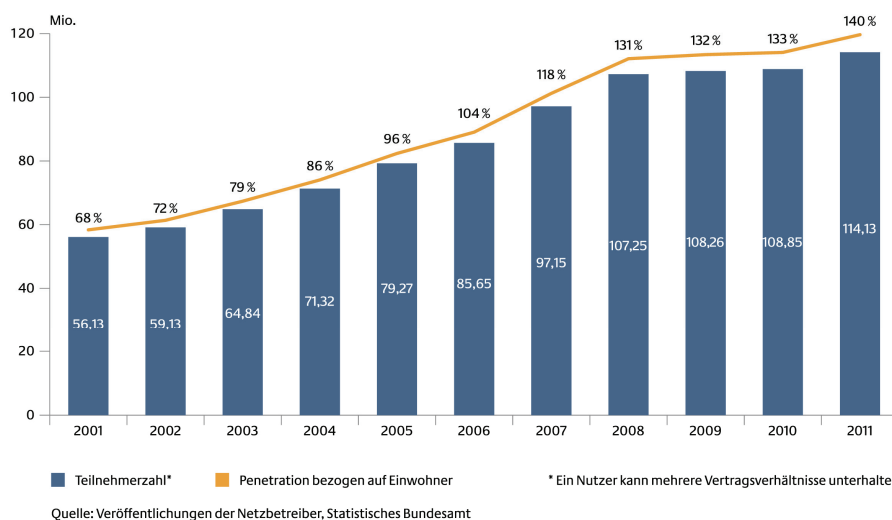
Das rasche Vordringen der nicht regulierten Kabelnetzbetreiber in das regulierte Geschäftsfeld der Anbieter von Internetzugängen auf DSL-Basis wirft deswegen perspektivisch die Frage auf, in welche Richtung sich die Regulierung in diesem Bereich entwickelt. Die Bundesnetzagentur wird sich auch mit dieser Thematik im Rahmen der entsprechenden Marktanalyseverfahren auseinandersetzen.

Ich fordere die Kabelnetzbetreiber zudem auf, durch das Angebot freiwilliger Vorleistungsprodukte dazu beizutragen, das Angebot an hochleistungsfähigen Anschlüssen fortzuentwickeln. Im NGA-Forum werden wir uns dieses Jahr dem Thema mit Nachdruck zuwenden.

Während der Telefonverkehr im Festnetz zurückgeht, nimmt er im Mobilfunk weiter zu. Insofern ist im Telefonieverhalten eine allmähliche Substitution des Festnetzes durch den Mobilfunk zu beobachten.

Wenn Sie die **Grafik** betrachten, sehen Sie, dass hier in den vergangenen Jahren die Teilnehmerzahl zwar deutlich langsamer gestiegen ist als in den Jahren zuvor. Dennoch stieg die Teilnehmerzahl im letzten Jahr weiter an auf mittlerweile über 114 Mio. Teilnehmer.

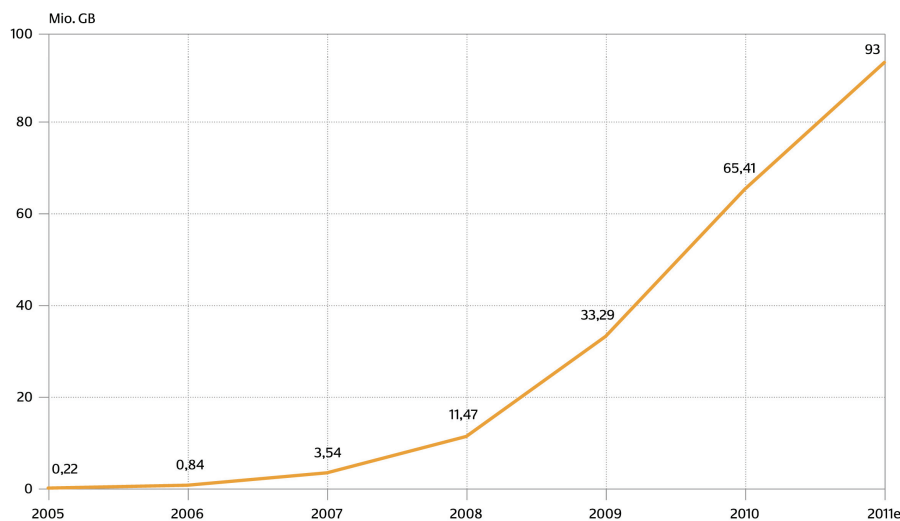
Teilnehmer und Penetration in deutschen Mobilfunknetzen 2001–2011



(Seite 84 im Jahresbericht)

Auch führt die zunehmende Verwendung von Smartphone und Tablet-PC dazu, dass der Datenverkehr im Mobilfunk weiter dramatisch zunimmt.

Datenvolumen im Mobilfunk in Deutschland 2005–2011



(Seite 87 im Jahresbericht)

Diese steigende Nachfrage zeigt, dass ein wachsender Bedarf nach geeigneten Frequenzen für einen verstärkten Ausbau der Breitbandnetze besteht. Durch die Vergabe der Frequenzen im Rahmen der Frequenzversteigerung 2010 hat die Bundesnetzagentur europaweit einmalige Wachstumsmöglichkeiten eröffnet. Die Bürger profitieren schon jetzt vom beispielhaften Ausbau der Netze mittels LTE-Technik. Insgesamt ist zu erkennen, dass der Mobilfunk im Moment der Tempomacher beim Breitbandausbau ist.

Damit Investitionen auch weiterhin rechtzeitig angestoßen werden können, müssen die Unternehmen frühzeitig Klarheit über die nutzbaren Frequenzen haben. Wir haben daher begonnen, die zukünftige Nutzung der GSM-Frequenzen mit dem Markt zu diskutieren. Uns ist wichtig, dass alle interessierten Kreise Gelegenheit haben, uns ihre Einschätzungen mitzuteilen, damit wir klare und verlässliche Rahmenbedingungen für die zukünftigen Entwicklungen in diesem Bereich schaffen können. Das sichert auch in Zukunft Investitionen und Innovation.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Jetzt stehe ich Ihnen ebenso wie die beiden Vizepräsidenten für Fragen zur Verfügung.